

Weniger Befragte, schlechtere Ergebnisse? Die Wirkungen der Panelmortalität

Stadtmüller, Sven

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stadtmüller, S. (2009). Weniger Befragte, schlechtere Ergebnisse? Die Wirkungen der Panelmortalität. In H. Schoen, H. Rattinger, & O. W. Gabriel (Hrsg.), *Vom Interview zur Analyse: methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung* (S. 111-130). Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-464304>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Weniger Befragte, schlechtere Ergebnisse? Die Wirkungen der Panelmortalität

Sven Stadtmüller

1. Einleitung

Daten aus Panelerhebungen liefern dem Forscher eine hohe Dichte an Informationen: Sie versetzen ihn in die Lage, zu den einzelnen Erhebungszeitpunkten die Entwicklung von Randverteilungen interessierender Variablen nachzuvollziehen. Darüber hinaus ist es möglich, Veränderungen auf der Individualebene zu beobachten. Somit bieten Paneldaten vielfältige Analysemöglichkeiten. Sie erlauben es etwa, die Stabilität von Einstellungen zu messen, z.B. der Parteidentifikation (siehe z.B. Arzheimer/Schoen 2005; Schmitt-Beck et al. 2006) oder gesellschaftlicher Wertorientierungen (z.B. Klein/Pötschke 2004), wahlkampfbedingte Einstellungsänderungen zu ermitteln (z.B. Markus 1982; Finkel/Schrott 1994) oder die Reaktion von Menschen auf spezielle Ereignisse zu erfassen, z.B. auf die so genannten TV-Duelle der Spitzenkandidaten der Parteien vor Bundes- oder Landtagswahlen (z.B. Klein 2005; Reinemann/Maurer 2007).

Zwar bieten Trendstudien und Retrospektiverhebungen bisweilen ähnliche Möglichkeiten, im Vergleich zu einer Serie von Querschnitten besitzt das Panel jedoch zwei entscheidende Vorteile: Zum einen entstehen geringere Kosten, da beim Panel die Fixkosten für die Ziehung der Stichprobe nur bei der ersten Welle anfallen (Rendtel 1995: 13), zum anderen misst das Panel im Gegensatz zum Trenddesign „echte“ Veränderungen. Vergleicht man nämlich – wie dies im Falle von Trenduntersuchungen geschieht – zwei unabhängige Stichproben miteinander, so können die Veränderungen in der Zeit auf den jeweiligen Stichprobenfehler zurückzuführen sein (vgl. Scherer 2000: 213). Retrospektiverhebungen wiederum sind häufig mit dem Makel von Erinnerungsfehlern oder veränderter Wahrnehmung vergangener Ereignisse behaftet und eignen sich daher nur sehr bedingt für die Analyse von Veränderungen auf Individualebene (Rendtel 1988: 37).

So vorteilhaft und attraktiv die Durchführung einer Paneluntersuchung auch erscheinen mag – das Problem der Panelmortalität wiegt schwer. Der Begriff der Panelmortalität bezeichnet das Phänomen, dass ein zunehmender Anteil der Ausgangsstichprobe in den Folgewellen nicht mehr befragt werden kann: sei es aufgrund von Krankheit, Umzug oder gar Tod oder schlicht aus der fehlenden Bereitschaft heraus, nochmals interviewt zu werden. Auch wenn dies unangenehme Effekte wie kleinere Fallzahlen und daraus resultierende größere Standardfehler und Konfidenzintervalle nach sich zieht, so liegt das mit der Panelmortalität verbundene zentrale Problem ganz woanders: Die Ausfälle, die der Forscher in den Folgewellen zu beklagen hat, sind in der Regel nicht neutral und zufällig, sondern weisen eine die Stichprobe verzerrende Systematik auf. Während bereits die Verweigerer der Aus-

gangswelle Zweifel an der Repräsentativität der Stichprobe aufkommen lassen, wird folglich von Erhebungswelle zu Erhebungswelle die Frage drängender: „Is the group which continues to cooperate still representative of the whole panel?“ (Lazarsfeld 1940: 127). Geht die wiederholte Befragung von Personen mit ernsthaften Verzerrungen in der Stichprobe einher, so würde dies die gesamte Methode infrage stellen (vgl. Sobol 1959: 52).

Die DFG-Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“ bietet eine geeignete Grundlage, um die theoretisch erwartbaren Implikationen der Panelmortalität zu testen. Können in den vorliegenden Daten systematische Ausfälle lokalisiert werden? Und falls ja: Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für univariate Verteilungen und bi- sowie multivariate Zusammenhänge bzw. Modelle? Da für die Beantwortung dieser Fragen ein verlässlicher Vergleichsmaßstab benötigt wird, sind die parallel durchgeführten Querschnitterhebungen der Studie von großem Nutzen. Zunächst soll sich aber der Frage nach möglichen Wirkungen der Panelmortalität theoretisch angenähert werden.

2. Theoretische Annäherung an Wirkungen der Panelmortalität

Das zentrale Problem der Panelmortalität besteht darin, dass es sich bei den aus dem Panel ausscheidenden Personen nicht um neutrale Ausfälle handelt, sondern diese eine die Stichprobe verzerrende Systematik aufweisen (vgl. Kalton et al. 1989: 253). Wann aber sind Ausfälle als neutral, wann als systematisch zu bezeichnen? Birkelbach (1998: 129) sieht in der Unabhängigkeit vom Befragungsgegenstand bzw. in der Zufälligkeit ihres Auftretens das wesentliche Merkmal neutraler Ausfälle. Ein Ausfall infolge eines Krankenhausaufenthaltes ist z.B. dann nicht mehr als neutral zu werten, wenn sich die Umfrage mit dem Themenbereich Gesundheit beschäftigt. Ebenso liegt ein systematischer Ausfall vor, wenn die Person infolge mangelnden Interesses am Untersuchungsgegenstand aus dem Panel ausscheidet (Scherer 2000: 218).¹ Folglich dürfte in politikwissenschaftlichen Panelerhebungen das politische Interesse einen engen Zusammenhang mit der Panelmortalität aufweisen.

Diese These erfährt in der Literatur breite empirische Unterstützung (vgl. Mika 2002: 42; Schoen 2003: 101; Birkelbach 1998: 142; Couper 1997: 336, siehe auch Kaspar, Panelpflege, Panelmortalität und Konvertierung im Panel in diesem Band) und ist auch aus theoretischer Sicht höchst plausibel: Während nämlich ein Interesse am Befragungsgegenstand eine für den Befragten Nutzen stiftende Wirkung entfalten kann, ist es umgekehrt denkbar, dass mangelndes Interesse die für das Individuum im Zusammenhang mit der Befragung empfundenen Kosten erhöht. Zum einen empfindet der Respondent das Interview als wenig anregend, zum anderen setzt er sich – vorausgesetzt er lässt sich auf die Befragung ein – der Gefahr aus, in eine ihn desavouierende Situation zu geraten (Birkelbach 1998: 145). Fragen zu politischen Sachverhalten oder gar Wissensfragen könnten mangelndes Interesse

¹ Dies ist ein Effekt, der selbstverständlich nicht nur für die Folgewellen einer Paneluntersuchung vermutet werden kann, sondern auch in der ersten Welle der Befragung (aber auch in jeder Querschnittbefragung, die Politik als zentrales Thema hat) seine Wirkung entfalten dürfte.

und fehlende Kompetenz aufdecken und dem Befragten das Gefühl vermitteln, vom Interviewer bloßgestellt zu werden. Derart negative Erfahrungen mit der Befragung stellen dann einen gewichtigen Grund dar, sich einer künftigen Interviewsituation zu entziehen (vgl. Schützenmeister 2002: 140). Für die univariate Betrachtung des Merkmals politisches Interesse könnte dies zu verzerrten Ergebnissen dergestalt führen, dass sich das Panel (z.B. t_0 - t_1) im Vergleich zu einem repräsentativen Querschnitt in t_1 als wesentlich politisierter erweist und sich diese Differenz von Erhebungswelle zu Erhebungswelle erhöht. Hängt nun das politische Interesse gleichzeitig mit anderen relevanten Größen, z.B. der Wahlbeteiligung, zusammen, so wirken sich die systematischen Ausfälle auch auf die Verteilung dieser Merkmale aus.

Panelmortalität bleibt womöglich auch für die bivariate Statistik nicht folgenlos. Scheidet eine ganz bestimmte Gruppe von Merkmalsträgern mit höherer Wahrscheinlichkeit aus (z.B. die politisch gering Interessierten), so kann dies die Schätzung von Zusammenhängen beeinflussen, sofern die Korrelation zweier Merkmale in den Subgruppen nicht homogen ist. Zeigt sich beispielsweise in der Gruppe der politisch gering Interessierten nur ein schwacher Zusammenhang mit einer bestimmten Variable, während diese Korrelation in der Gruppe der politisierten Bürger wesentlich stärker ausfällt, dann wird der Zusammenhang infolge der Panelmortalität in späteren Panelwellen überschätzt. Eine solche Überschätzung bivariater Zusammenhänge ergibt sich auch auf der Grundlage der Überlegung, dass politisch Interessierte im Vergleich zu Desinteressierten eher über gefestigte und konsistente Einstellungsmuster verfügen (siehe z.B. Feldman 1989: 51; van Deth 1990: 275). Da sich der in Umfragen gemessene Zusammenhang aus der tatsächlichen Korrelation und einem Messfehler zusammensetzt, der auch Konsistenzeffekte innerhalb eines Interviews umfasst, ist aus theoretischer Sicht erwartbar, dass politisches Interesse diesen Messfehler reduziert und im Ergebnis zu stärkeren Zusammenhängen führt (Schoen 2003: 103). Ein Vergleich der bivariaten Korrelationen aus den Panelstudien mit jenen aus den Querschnitterhebungen könnte Anhaltspunkte für systematisch verzerrte Parameter liefern. Gleiches gilt schließlich für die Schätzung multivariater Modelle: Sowohl die Koeffizienten als auch die Modellgüte dürften in der Panelerhebung im Vergleich zum entsprechenden Querschnitt höhere Werte erreichen, da hier mit konsistenteren Einstellungsmustern zu rechnen ist.

3. Hypothesenformulierung und -überprüfung zu den Wirkungen der Panelmortalität

Aus den theoretischen Überlegungen ergeben sich die folgenden Hypothesen zu Wirkungen der Panelmortalität, die getrennt nach ihren Implikationen für univariate Verteilungen, bivariate Zusammenhänge und multivariate Modelle formuliert und getestet werden. Der Hypothesentest erfolgt, wie bereits erwähnt, auf der Grundlage der DFG-Studie „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“.² Betrachtet wird dabei der Zeitraum von 1994 bis 2002, wobei für diese Untersuchung jeweils drei Samples mit Quer- und Längsschnittdaten von Interesse sind (siehe Tabelle 1).

2. Der Datensatz ist unter der Nummer 4301 beim Datenarchiv der GESIS erhältlich.

Tabelle 1: Übersicht der interessierenden Samples

Bezeichnung	Erläuterung	N (ungewichtet)		N (gewichtet)	
		West	Ost	West	Ost
Q 94	repräsentativer Querschnitt des Jahres 1994	2574	2890	4426	1038
Q 98	repräsentativer Querschnitt des Jahres 1998	2230	1107	2703	634
Q 02	repräsentativer Querschnitt des Jahres 2002	2191	1072	2643	620
P 94-98	Personen, die sowohl 1994 als auch 1998 befragt wurden	879	1239	1716	402
P 98-02	Personen, die sowohl 1998 als auch 2002 befragt wurden	1679	1488	2565	602
P 94-02	Personen, die 1994, 1998 und 2002 befragt wurden	568	855	1153	270

Wie aus der Tabelle ersichtlich wird, sind die Befragten aus den neuen Bundesländern in der Ausgangsstichprobe deutlich überrepräsentiert. Während dieses Bild in den Panelerhebungen bestehen bleibt, kommen die Querschnittstudien der Jahre 1998 und 2002 den realen Einwohnerverhältnissen zwischen beiden Landesteilen recht nahe. Zwar gibt es aus theoretischer Sicht keinen plausiblen Grund für differente Ursachen und Konsequenzen der Panelmortalität in Ost- und Westdeutschland. Dennoch ist es, will man nicht durchgängig separate Analysen für beide Landesteile durchführen, geboten, die Samples mit Blick auf die Variable Erhebungsgebiet zu standardisieren, da Panel- und Querschnitterhebungen vergleichend betrachtet werden sollen. Würde man darauf verzichten, so wäre es denkbar, dass Unterschiede zwischen Panel und Querschnitt womöglich doch auf die disparate Verteilung der Ost-West-Variable rückfahbar sind. Folglich werden sämtliche Samples so gewichtet, dass das Fallzahlenverhältnis zwischen Befragten aus den alten und den neuen Bundesländern 81:19 beträgt. Erst in der Analyse multivariater Modelle wird aus Gründen, die im betreffenden Abschnitt aufgeführt werden, diese gesamtdeutsche Perspektive für eine getrennte Ost-West-Betrachtung aufgegeben.

3.1 Univariate Verteilungen

Das Interesse am Befragungsgegenstand begünstigt – so die These – die Verweildauer im Rahmen einer Untersuchung und somit die Teilnahme an einer Panelbefragung. Operationalisiert man das Interesse am Thema der Untersuchung mit der Selbstausskunft zum politischen Interesse, so dürfte zum einen der Anteil an politisierten Personen im Panel höher liegen als im vergleichenden Querschnitt. Diese Differenzen sollten zum zweiten umso stärker ausfallen, je weiter das Panel voranschreitet. Lassen sich diese Zusammenhänge auch empirisch zeigen, so dürften sich diese Effekte nicht nur in der Verteilung der Variablen *politisches Interesse* niederschlagen, sondern auch in der Verteilung von Merkmalen, die mit dieser Größe korrelieren. Im Rahmen der empirischen Analyse wird das Merkmal Wahlbeteiligung untersucht. Der begünstigende Einfluss politischen Interesses auf die Partizipation an Wahlen gilt als ein etablierter Befund in der empirischen Wahlforschung (vgl. van Deth 1990: 275; siehe u.a. Milbrath/Goel 1977). Da die berichtete Wahlbeteiligung (Nachwahl) bzw. die erklärte Absicht der Wahlteilnahme (Vorwahl) positiv mit dem politischen Interesse korrelieren sollte, ist somit zu erwarten, dass die Wahlbeteiligung im Panel höher liegt als im Querschnitt. Der Vergleich mit den

Querschnittsdaten ermöglicht es sodann zu erfahren, ob sich dahinter ein realer oder ein durch die Panelmortalität hervorgerufener Trend verbirgt. Schließlich ist von größeren Unterschieden zwischen Panel und Querschnitt auszugehen, je weiter die Panelbefragung vorangeschritten ist.

Betrachtet man in Tabelle 2 zunächst die Verteilung des Merkmals politisches Interesse, so ist im Panel tatsächlich eine stärkere Politisierung des Samples im Vergleich zum repräsentativen Querschnitt des entsprechenden Erhebungsjahres erkennbar. Zudem verstärkt sich diese, je weiter das Panel voranschreitet: Während 1998 die Anteile der politisch stark und sehr stark Interessierten im Panel zusammen genommen noch um 6,3 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert im Querschnitt lagen, betrug die Differenz im Jahr 2002 bereits 13,3 Prozentpunkte. Umgekehrt lag der Anteil der politisch Desinteressierten im Querschnitt um 6,4 (1998) bzw. 9,6 (2002) Prozentpunkte höher.

Tabelle 2: Entwicklung des politischen Interesses im Panel- und Trenddesign

Ausprägung des politischen Interesses	1994	1998		2002	
		P 94-98	Q 98	P 94-02	Q 02
sehr stark	9,9	11,8	8,3	14,9	10,8
ziemlich stark	23,0	23,5	20,7	32,0	22,8
mittelmäßig	41,4	43,3	43,1	40,5	42,2
weniger stark	18,0	16,8	19,0	11,1	18,0
überhaupt nicht	7,8	4,7	8,9	1,5	6,2
N	5453	2111	3319	1417	3238

Ausgewiesen sind jeweils die Anteilswerte der betreffenden Kategorien. Die Daten wurden mit dem einem Fallzahlengewicht Ost-West gewichtet, das eine Anpassung der Relation zwischen Befragten aus beiden Landesteilen an die realen Verhältnisse bewirkt.

Während sich im Trend folglich keine zunehmende Politisierung der Bundesbürger zwischen 1994 und 2002 erkennen lässt, legt das Panel genau dies nahe. Da als Referenzkategorie aber drei repräsentative Querschnitterhebungen vorliegen, spricht einiges dafür, dass es sich bei der Politisierung im Panel um einen methodischen Effekt handelt, der auf die Selektivität der Ausfälle zurückzuführen und somit der Panelmortalität zuzuschreiben ist. Ist das Merkmal *politisches Interesse* nun mit anderen Variablen korreliert, so treten auch in deren Verteilungen systematische Verzerrungen auf. Als Beispiel wird in diesem Zusammenhang die berichtete Wahlbeteiligung betrachtet.

In Tabelle 3 sind erneut Unterschiede zwischen Panel und Querschnitt erkennbar: Panelteilnehmer gaben häufiger an, sich an der Wahl beteiligen zu wollen bzw. beteiligt zu haben, als Befragte aus den vergleichenden Repräsentativerhebungen. 1998 betrug diese Differenz noch rund 5 Prozentpunkte, 2002 bereits mehr als 11 Punkte. Gleichzeitig liegt der Item-Nonresponse im Panel niedriger als im Querschnitt, insbesondere bei den Teilnehmern an allen Befragungswellen im Jahre 2002: Im Querschnitt antworteten fast doppelt so viele Befragte auf die Frage nach ihrer Wahlabsicht mit „weiß nicht“ und mehr als doppelt so viele Teilnehmer im Vergleich zur Panelerhebung verweigerten die Angabe.

Der Trend einer steigenden Wahlbeteiligung, den das Panel suggeriert, wird von den ungleich verlässlicheren Querschnitterhebungen nicht bestätigt, so dass diese Befunde im Ergebnis eine klare Bestätigung der These darstellen: Panelmorta-

lität bewirkt eine Politisierung der Stichprobe und geht mit verzerrten Verteilungen einzelner Variablen einher.

Tabelle 3: Berichtete Wahlbeteiligung und Wahlabsicht im Panel- und Trenddesign

Berichtete Wahlbeteiligung bzw. Wahlabsicht	1994	1998		2002	
		P 94-98	Q 98	P 94-02	Q 02
Habe gewählt	81,0	82,5	77,7	88,9	77,6
Habe nicht gewählt	4,2	2,7	3,9	3,4	4,4
weiß nicht	5,8	5,8	7,9	3,3	6,2
verweigert	9,0	9,0	10,5	4,5	11,8
N	5410	2101	3252	1400	3215

Ausgewiesen sind jeweils die Anteilswerte der betreffenden Kategorien. Die Daten wurden mit dem Fallzahlengewicht Ost-West gewichtet, das eine Anpassung der Relation zwischen Befragten aus beiden Landesteilen an die realen Verhältnisse bewirkt.

Schließlich rückt neben der Wahlbeteiligung nun mit der Politikverdrossenheit ein weiteres Merkmal in den Fokus, dessen Verteilung von der Panelmortalität nicht unberührt bleiben sollte. Gefühle der Politikverdrossenheit sollten mit einer höheren Ausfallwahrscheinlichkeit verbunden sein. Es ist nämlich anzunehmen, dass politikverdrossene Personen einer Befragung zu politischen Sachverhalten eher ablehnend gegenüber stehen. Politikverdrossenheit dürfte wiederum mit zahlreichen anderen politikwissenschaftlichen Größen im Zusammenhang stehen und erscheint für die empirische Analyse daher ebenfalls als ein geeignetes Merkmal. In den Datensätzen finden sich zahlreiche Aussagen, die Gefühle der Politikverdrossenheit abzubilden vermögen. Da Politikverdrossenheit jedoch ein sehr diffuses Konstrukt darstellt, ist es sinnvoll, es zunächst mittels Faktorenanalysen in verschiedene Einstellungsdimensionen zu zerlegen. So unterscheidet Arzheimer (2005: 196) sechs Verdrossenheitseinstellungen: (1) Misstrauen gegenüber Parteien, (2) Misstrauen gegenüber Politikern, (3) Unzufriedenheit mit den Parteien, (4) Unzufriedenheit mit den Politikern, (5) Mangel an Responsivität und (6) Mangel an internal efficacy. In der DFG-Studie werden diese Dimensionen jeweils durch mindestens ein Item operationalisiert.

Entgegen den eingangs formulierten Erwartungen gibt es mit Blick auf die Verbreitung von Symptomen der Politikverdrossenheit nur vereinzelte Unterschiede zwischen den Panel- und Querschnitterhebungen. So zeigen sich zwar in der Erhebung von 1998 bei den beiden ersten Items zur Messung von Misstrauen gegenüber den Parteien höhere Verdrossenheitseinstellungen im Querschnitt. Vier Jahre später fallen diese Differenzen allerdings schon wieder schwächer aus. Zudem zeigt sich im Panel eine kritischere Einschätzung des Berufspolitikertums; dagegen werden die Möglichkeiten der Bürger, politischen Einfluss zu nehmen, besser eingeschätzt als im vergleichenden Querschnitt. Die Komponente der *internal efficacy* weist schließlich eine besondere Stellung auf, da hier die deutlichsten Differenzen vorliegen: Die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz fällt im Panel durchweg positiver aus als im Querschnitt. Dies dürfte, in Analogie zur Wahlbeteiligung, der hohen Korrelation dieser Items mit dem politischen Interesse geschuldet sein, so dass bei dieser Dimension die Selektivität der Panelausfälle stärker durchschlägt.

Tabelle 4: Verdrossenheitseinstellungen im Panel und Querschnitt

Dimensionen der Politikverdrossenheit	1994	1998		2002	
		P 94-98	Q 98	P 94-02	Q 02
<i>Misstrauen gegenüber den Parteien</i>					
Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.	61,4	53,6	59,5	49,0	53,6
Die Parteien betrachten den Staat als Selbstbedienungsladen.	57,8	51,7	57,4	50,3	50,9
Den Parteien geht es nur um die Macht.	76,4	72,7	73,2	71,6	71,4
<i>Misstrauen gegenüber Politikern</i>					
Die meisten Parteipolitiker sind vertrauenswürdige und ehrliche Menschen.*	38,8	36,6	34,0	35,6	32,0
<i>Unzufriedenheit mit den Leistungen der Parteien</i>					
Keine Partei ist zur Lösung des subjektiv wichtigsten Problems in der Lage.	16,7	20,5	19,0	21,7	19,5
<i>Unzufriedenheit mit den Politikern</i>					
Ohne Berufspolitiker würde unser Land schlechter regiert werden.*	28,0	30,7	24,9	29,2	26,1
<i>Wahrgenommene Responsivität</i>					
Die Bürger haben kaum Möglichkeiten, auf die Politik Einfluss zu nehmen.	59,3	53,0	58,8	53,4	57,0
Die Bundestagsabgeordneten bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.*	56,9	57,7	57,2	52,7	53,8
Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.*	60,6	58,7	58,9	60,6	57,7
<i>Internal efficacy</i>					
Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.*	13,2	11,2	13,6	6,0	9,9
Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.*	37,9	38,5	45,1	39,7	48,4
Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.	30,4	27,4	29,5	19,7	25,2

Angaben: Anteilswerte tendenzieller oder starker Zustimmung. Bei mit * gekennzeichneten Items sind Anteile tendenzieller oder starker Ablehnung angegeben.

Die Daten wurden mit dem Fallzahlengewicht Ost-West gewichtet, das eine Anpassung der Relation zwischen Befragten aus beiden Landesteilen an die realen Verhältnisse bewirkt.

3.2 Bivariate Zusammenhänge

Die Analyse der Wirkungen der Panelmortalität auf bivariate Zusammenhänge rückt zunächst die Merkmale Demokratiezufriedenheit und Vertrauen in staatliche Institutionen in den Fokus der Betrachtung. Zwischen beiden Variablen ist ein positiver Zusammenhang zu erwarten (siehe z.B. Brunner/Walz 2000: 191ff.; Gabriel 2000: 63), der im Panel stärker ausfallen sollte als im Querschnitt. Diese Vermutung beruht auf den zwei möglichen Implikationen der Panelmortalität für bivariate Zusammenhänge. Zum einen wird angenommen, dass bestimmte Segmente, insbesondere Personen mit geringem Interesse am Untersuchungsgegenstand, aus dem Panel ausscheiden. Dies wäre gleichbedeutend mit einer zunehmenden Politisierung des Panels, die sich mit Blick auf die beiden zu untersuchenden Merkmale darin äußern könnte, dass sowohl die Demokratiezufriedenheit als auch das Institutionenvertrauen im Panel sehr kontrovers bewertet werden. Mit anderen Worten: Personen, die sowohl der Demokratie als auch den Institutionen sehr positiv oder aber sehr kritisch gegenüber stehen, sollten eher bereit sein, an weiteren Befragungen teilzunehmen. Gerade in diesen Gruppen könnte man aber nun eine hohe Korrelation beider Merkmale erwarten. Diese Vermutung wird durch die Überlegung unterstützt, dass das Interesse am Untersuchungsgegenstand konsistenten Einstellungen zuträglich ist. Die Panelteilnehmer sollten folglich stärker politisch interessiert und auch in der Lage sein, die beiden Merkmale bis zu einem gewissen Grad als zusammengehörig zu empfinden. Für einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung sollte dies hingegen in geringerem Ausmaß gelten.

Die Hypothese, Panelteilnehmer verfügten im Vergleich zum Bevölkerungsquerschnitt über konsistentere Einstellungsstrukturen, wird schließlich anhand eines zweiten Beispiels überprüft. Hierbei wird auf die drei bereits erwähnten Items zur Messung der *internal efficacy* zurückgegriffen. Diese drei Indikatoren liegen empirisch auf einer Dimension (siehe auch Vetter 1997: 69; Arzheimer 2005: 196) und werden somit von einer Vielzahl der Befragten als zusammengehörig empfunden. Personen mit hohem politischem Interesse, so die Annahme, sollten dies eher wahrnehmen als politisch Desinteressierte, so dass es im politisierten Panel zu höheren Korrelationen als in den vergleichenden Querschnittsbetrachtungen kommen sollte.

Bei der Betrachtung des Zusammenhangs von Demokratiezufriedenheit und dem Vertrauen in staatliche Institutionen wird zwischen der Vor- und Nachwahluntersuchung unterschieden, da die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie mit der aktuellen parteipolitischen Zusammensetzung der Bundesregierung zusammenhängt (siehe z.B. Gabriel 2000: 56). Beim Institutionenvertrauen werden der Bundestag und das Bundesverfassungsgericht betrachtet, da bei diesen beiden Institutionen (im Gegensatz zur Bundesregierung) mit geringeren Effekten zu rechnen ist, die von der parteipolitischen Präferenz des Befragten ausgehen. Die folgenden Analysen basieren auf einem Vergleich bivariater Korrelationskoeffizienten, wobei in den Panelerhebungen vor dem Hintergrund der theoretischen Argumentation mit höheren Werten für Kendalls Tau b gerechnet wird.

Tabelle 5: Bivariate Korrelationen im Panel/Querschnitt 1994, 1998 und 2002

	Panel/Querschnitt 1994	Q 94	P 94-98	P 94-02
Demokratiezufriedenheit *	Vorwahl	0,34 ^b	0,33 ^b	0,35 ^b
Vertrauen in den Bundestag		(0,02)	(0,03)	(0,03)
	Nachwahl	0,32 ^b	0,33 ^b	0,33 ^b
		(0,02)	(0,03)	(0,03)
Demokratiezufriedenheit *	Vorwahl	0,29 ^b	0,32 ^b	0,33 ^b
Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht		(0,02)	(0,03)	(0,03)
	Nachwahl	0,28 ^b	0,27 ^b	0,28 ^b
		(0,02)	(0,03)	(0,03)
Wichtige Rolle in politischer Gruppe *	Vor- und Nachwahl	0,37 ^b	0,36 ^b	0,34 ^b
Kann politische Fragen verstehen		(0,01)	(0,02)	(0,02)
Kann politische Fragen verstehen *	Vor- und Nachwahl	-0,39 ^b	-0,37 ^b	-0,41 ^b
Politik ist sehr kompliziert		(0,01)	(0,02)	(0,02)
Wichtige Rolle in politischer Gruppe *	Vor- und Nachwahl	-0,30 ^b	-0,28 ^b	-0,27 ^b
Politik ist sehr kompliziert		(0,01)	(0,02)	(0,02)

	Panel/Querschnitt 1998	Q 98	P 94-98	P 98-02
Demokratiezufriedenheit *	Vorwahl	0,31 ^b	0,32 ^b	0,32 ^b
Vertrauen in den Bundestag		(0,02)	(0,03)	(0,02)
	Nachwahl	0,22 ^b	0,31 ^b	0,25 ^b
		(0,02)	(0,03)	(0,02)
Demokratiezufriedenheit *	Vorwahl	0,24 ^b	0,27 ^b	0,26 ^b
Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht		(0,02)	(0,03)	(0,02)
	Nachwahl	0,16 ^b	0,30 ^b	0,20 ^b
		(0,02)	(0,02)	(0,02)
Wichtige Rolle in politischer Gruppe *	Vor- und Nachwahl	0,40 ^b	0,41 ^b	0,40 ^b
Kann politische Fragen verstehen		(0,01)	(0,02)	(0,01)
Kann politische Fragen verstehen *	Vor- und Nachwahl	-0,42 ^b	-0,44 ^b	-0,43 ^b
Politik ist sehr kompliziert		(0,01)	(0,02)	(0,01)
Wichtige Rolle in politischer Gruppe *	Vor- und Nachwahl	-0,34 ^b	-0,35 ^b	-0,33 ^b
Politik ist sehr kompliziert		(0,01)	(0,02)	(0,01)

	Panel/Querschnitt 2002	Q 02	P 98-02	P 94-02
Demokratiezufriedenheit *	Vorwahl	0,35 ^b	0,32 ^b	0,39 ^b
Vertrauen in den Bundestag		(0,02)	(0,02)	(0,03)
	Nachwahl	0,35 ^b	0,35 ^b	0,32 ^b
		(0,02)	(0,02)	(0,03)
Demokratiezufriedenheit *	Vorwahl	0,30 ^b	0,25 ^b	0,27 ^b
Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht		(0,02)	(0,02)	(0,04)
	Nachwahl	0,30 ^b	0,25 ^b	0,26 ^b
		(0,02)	(0,02)	(0,03)
Wichtige Rolle in politischer Gruppe *	Vor- und Nachwahl	0,38 ^b	0,36 ^b	0,36 ^b
Kann politische Fragen verstehen		(0,01)	(0,01)	(0,02)
Kann politische Fragen verstehen *	Vor- und Nachwahl	-0,44 ^b	-0,42 ^b	-0,42 ^b
Politik ist sehr kompliziert		(0,01)	(0,01)	(0,02)
Wichtige Rolle in politischer Gruppe *	Vor- und Nachwahl	-0,35 ^b	-0,32 ^b	-0,29 ^b
Politik ist sehr kompliziert		(0,01)	(0,01)	(0,02)

Angaben: Kendalls tau b, Standardfehler in Klammern. Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$.

Die Panelmortalität hat, vergleicht man die Korrelationen im Panel und Querschnitt, offenbar keine systematische Überschätzung der Koeffizienten in der Längsschnittbetrachtung zur Folge. Im Erhebungsjahr 1994 unterscheidet sich der repräsentative Querschnitt fast gar nicht von jenen Befragten, die auch in den Folgewellen an der Untersuchung partizipierten. Lediglich im Jahr 1998 differieren die Koeffizienten bei der Betrachtung des Zusammenhangs zwischen der Demokratiezufriedenheit und dem Institutionenvertrauen in theoretisch prognostizierter Weise – allerdings beschränkt sich dieser Befund nur auf die Nachwahluntersuchung. Zudem kehrt sich dieses Bild vier Jahre später wieder um: Dann übersteigen die Koeffizienten im Querschnitt nämlich, wenn auch nur geringfügig, jene im Panel. Als gänzlich unbeeinflusst von Effekten der Panelmortalität erweisen sich schließlich die Korrelationen der Items zur Messung von *internal efficacy*, und zwar zu allen Erhebungszeitpunkten. Folglich kann zumindest anhand dieser Beispiele, deren Auswahl sich am Kriterium theoretisch plausibler Differenzen zwischen Querschnitt und Panel orientierte, nicht davon gesprochen werden, dass Panelmortalität die Schätzung von bivariaten Korrelationen beeinträchtigt.

3.3 Multivariate Modelle

Abschließend stellt sich die Frage, wie sich die Panelmortalität auf die Schätzung multivariater Modelle auswirkt. Als Analysebeispiel dient die Erklärung der Wahlabsicht zugunsten der beiden großen Parteien Union und SPD auf Basis des sozialpsychologischen Ansatzes des Wählerverhaltens, auch als Michigan-Modell oder Ann-Arbor-Modell bekannt. Demnach stellt die individuelle Wahlabsicht die Resultante einer langfristigen psychologischen Bindung (Parteiidentifikation) sowie eher kurzfristigen Orientierungen an Kandidaten und Sachfragenkompetenz der jeweiligen Parteien dar (siehe z.B. Schoen/Weins 2005). Alle drei zentralen Variablen wurden in den Datensätzen erhoben, folglich kann deren simultaner Einfluss auf die Wahlabsicht problemlos geschätzt werden.³ Wie bereits angekündigt, wird die folgende Analyse für beide Landesteile getrennt durchgeführt. Dies kann damit begründet werden, dass zwischen Ost- und Westdeutschland unterschiedliche Einflussstärken in den einzelnen Variablen zu erwarten sind, die im Zuge einer gesamtdeutschen Analyse verdeckt werden könnten. Insbesondere ist zu erwarten, dass die Prägekraft der Parteiidentifikation in den neuen Bundesländern wesentlich schwächer ausfällt als in Westdeutschland. Der Grund hierfür liegt in der längeren Erfahrung der Bürger der alten Bundesrepublik mit den Parteien und in der damit einhergehenden Annahme, Parteiloyalitäten seien in den alten Ländern nicht nur weiter verbreitet (was als reiner Kompositionseffekt für die Schätzung der Modelle folgenlos bliebe), sondern gleichzeitig auch intensiver und bedeutsamer für die Wahlentscheidung.⁴ Umgekehrt ist davon auszugehen, dass bei den Befragten aus den neuen Bundesländern die kurzfristigen Einflussgrößen – die Sachfragen- und Kandidatenorientierung – stärker ins Gewicht fallen.

Unabhängig von der Einflussstärke einzelner Variablen in beiden Landesteilen ist allgemein zu erwarten, dass politisch Interessierte die drei Einflussgrößen im

3 Die Operationalisierung ist im Anhang dokumentiert.

4 Dies gilt umso mehr, als dass die Erhebung der hier analysierten Daten schon einige Jahre zurückliegt.

sozialpsychologischen Modell des Wählerverhaltens für ihre Wahlentscheidung als zentral betrachten, während bei ihnen idiosynkratische Elemente für die Entscheidung an der Wahlurne im Vergleich zu politisch Desinteressierten eine geringere Rolle spielen sollten. Seinen empirischen Niederschlag könnte dies auf zweierlei Art und Weise finden: Zum einen sollten im Sample der wiederbefragten Respondenten die Regressionskoeffizienten höhere Werte aufweisen als in den vergleichenden Querschnitterhebungen. Zum anderen sollten Modelle, in denen ausschließlich Teilnehmer an mehreren Wellen berücksichtigt sind, hinsichtlich ihrer Güte jene Modelle, die auf den repräsentativen Querschnitterhebungen basieren, übertreffen.

Für die Einflussstärke der drei zentralen Prädiktoren können ebenfalls theoretische Erwartungen formuliert werden. So dürfte die Parteiidentifikation insbesondere bei den politisch interessierten Befragten eine besonders starke Wirkung auf die Wahlabsicht entfalten. Dies kann damit begründet werden, dass politisches Interesse Einstellungen im Allgemeinen und Parteibindungen im Speziellen stabilisiert (vgl. Arzheimer/Schoen 2005: 643) und die Stabilität sich wiederum begünstigend auf die Intensität der Parteineigung auswirkt. Von Personen mit stabilen und intensiven Parteibindungen ist zu erwarten, dass sie sich auch dann für „ihre“ Partei entscheiden, wenn sie mit deren Personal und programmatischem Angebot nicht einverstanden sind.⁵ In diesem Fall dürfte die Parteibindung an der Wahlurne besonders einflussreich sein (vgl. Schoen/Weins 2005: 212). Auf der anderen Seite spricht auch manches für einen starken Einfluss der Parteiidentifikation auf die Wahlentscheidung bei politisch eher desinteressierten Befragten: So hilft die Parteibindung dem Individuum, zumindest konzeptionell, sich in der „alltagsfernen Sphäre der Politik“ (Schoen/Weins 2005: 196) zurechtzufinden und besitzt somit eine die politische Komplexität reduzierende Funktion (siehe z.B. Shively 1979: 1040ff.). Personen, die nur eine geringe politische Kompetenz aufweisen, sollten daher verstärkt auf Parteibindungen zurückgreifen und diese bei einer anstehenden Wahlentscheidung aktivieren, um keine Zeit darauf verwenden zu müssen, Informationen über Kandidaten und Sachfragen einzuholen.

Starke Effekte der Kandidatenorientierung sind zunächst bei jenen Respondenten zu erwarten, die der Politik eher distanziert gegenüberstehen. Zum einen werden die Kandidaten in Wahlkämpfen in den Mittelpunkt gerückt und erzielen somit selbst bei politikfernen Schichten eine hohe Bekanntheit. Zum anderen ist es auch für politisch Desinteressierte, da die Bewertung der Kandidaten nicht nur deren politische, sondern ebenso ihre unpolitischen Eigenschaften umfasst (siehe z.B. Klein/Ohr 2000), z.B. im Vergleich zu Sachfragen recht einfach, sich ein Urteil über die Kandidaten zu bilden und eine Präferenz zu entwickeln. Es ist jedoch ebenso plausibel, hohe Kandidateneffekte gerade bei politisch kompetenten Befragten zu erwarten. Sie verfügen über ein höheres Differenzierungsvermögen, gefestigte Kandidatenbewertungen, nehmen die Spitzenkandidaten womöglich als besonders polarisiert wahr und ziehen daher an der Wahlurne ihre Kandidatenpräferenz heran.

Hinsichtlich der Orientierung an Sachfragen sind auf der einen Seite stärkere Effekte unter den politisch Interessierten und somit den Panelteilnehmern zu erwar-

5 Auf der anderen Seite sollten diese Fälle gerade bei stabilen und intensiven Parteibindungen seltener auftreten, da die Parteiidentifikation hier als besonders gewichtiger WahrnehmungsfILTER für Einstellungen zu Kandidaten und Sachfragen wirkt.

ten, da sachfragenorientiertes Wählen – ganz im Sinne des „rationalen Wählers“ – als Zeichen politischer Kompetenz gilt. Auf der anderen Seite erweist sich diese Sichtweise als zu pauschal, da sie verkennt, dass die „Schwierigkeit“ der Themen variiert. Während sachfragenorientiertes Wählen, das sich auf komplexe Politikinhalte bezieht, mit politischer Aufgeklärtheit einhergeht, ist dies bei leichten, eher symbolischen Themen nicht zwingend der Fall. Zwar liegt auch hier eine Sachfragenorientierung vor, jedoch zeichnen sich diese Personen nicht durch eine besonders hohe politische Kompetenz aus (vgl. Carmines/Stimson 1980). Eindeutige theoretische Erwartungen können folglich nicht formuliert werden.

Tabelle 6: Die Verteilung der zentralen Variablen des Michigan-Modells

Merkmale / Erhebungsgebiet		1994		1998		2002	
		Q 94	Q 98	P 94-98	Q 02	P 94-02	
Parteiidentifikation vorhanden	West	70,7	68,9	74,3	67,8	81,9	
	Ost	63,6	59,6	65,0	56,4	73,2	
keine Parteiidentifikation	West	21,8	24,9	20,9	26,1	15,0	
	Ost	31,7	34,9	31,8	36,9	24,1	
Parteiidentifikation SPD	West	28,7	28,0	33,8	29,7	37,5	
	Ost	20,8	20,5	25,1	22,6	29,5	
Parteiidentifikation Union	West	27,1	28,4	30,0	29,4	30,5	
	Ost	22,5	19,3	18,8	18,2	22,1	
Kandidatenpräferenz vorhanden	West	69,0	76,4	78,6	80,8	86,4	
	Ost	68,9	70,1	74,8	74,4	80,6	
keine Kandidatenpräferenz	West	23,2	16,9	16,6	11,4	10,2	
	Ost	25,1	23,4	19,9	16,0	14,5	
Kandidatenpräferenz SPD	West	32,7	47,9	51,6	47,4	53,0	
	Ost	32,4	45,6	51,7	53,0	58,1	
Kandidatenpräferenz Union	West	36,3	28,4	27,0	33,5	33,5	
	Ost	36,5	24,5	23,2	21,5	22,5	
Sachfragenorientierung vorhanden	West	76,0	74,0	73,2	73,8	71,5	
	Ost	69,0	69,7	70,0	62,1	61,3	
keine Sachfragenorientierung	West	13,6	16,1	17,9	15,5	17,4	
	Ost	21,1	21,5	22,1	25,1	27,4	
Sachfragenorientierung SPD	West	29,3	37,2	38,5	26,1	26,4	
	Ost	26,4	32,9	37,4	26,2	23,5	
Sachfragenorientierung Union	West	28,4	24,3	23,7	35,8	32,7	
	Ost	25,6	16,7	16,5	20,4	25,0	

Ausgewiesen sind jeweils die Anteilswerte der betreffenden Merkmalsausprägungen.

In Tabelle 6 sind in einem ersten Schritt die Verteilungen der drei betreffenden Variablen für die Panel- und Querschnitterhebungen ausgewiesen. Daraus lässt sich ablesen, welche Determinanten des Michigan-Modells besonders von der Selektivität der Panelausfälle berührt sind. Dies scheint insbesondere bei der Parteiidentifikation der Fall zu sein. Hier ist zunächst der erwartete Niveauunterschied in beiden Landesteilen erkennbar, demzufolge Befragte aus den alten Bundesländern im Vergleich zu Personen aus den neuen Ländern zu größeren Anteilen Parteiloyalitäten aufweisen. Der Anteil an Personen, die eine Parteibindung angeben, steigt im Panel von 1994 bis 2002 in beiden Landesteilen um knapp zehn (Ost) bzw. mehr als elf Prozentpunkte (West) an, während er in der Querschnittbetrachtung in den alten und neuen Bundesländern sinkt. Hingegen liegt im Panel der Anteil der Befragten ohne

Parteiidentifikation in beiden Landesteilen unter dem entsprechenden Anteil im vergleichenden repräsentativen Querschnitt. Erkennt man den Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Panelmortalität an, so lässt sich vorläufig bilanzieren, dass Parteibindungen und politisches Interesse positiv korrelieren. Begünstigt politisches Interesse weiterhin stabile und intensive Parteineigungen, sollten im Panel stärkere Einflüsse der Parteibindung auf die Wahlentscheidung nachweisbar sein als im Querschnitt.

Mit Blick auf die Kandidatenorientierung ist sowohl im Trend als auch im Panel ein Anstieg im Anteil jener Befragten erkennbar, die eine eindeutige Präferenz für einen der beiden Kanzlerkandidaten aufweisen. Jedoch fällt dieser Anstieg im Panel stärker aus, so dass die Werte im Panel jene im vergleichenden Querschnitt übersteigen. Somit ist ebenfalls, zumindest in Ansätzen, erkennbar, dass politisches Interesse eine klare Kandidatenpräferenz begünstigt. Dies gibt aber noch keine Auskunft darüber, ob politische Kompetenz Kandidateneffekten eher zu- oder abträglich ist.

Keine systematischen Differenzen zwischen Panel- und Trenderhebung, sondern nur Niveauunterschiede zwischen Ost und West sind schließlich bei der Sachfragenorientierung zu erkennen. Politisch interessierte Personen entwickeln somit nicht zwingend eindeutige Präferenzen in Sachfragen. Gleichwohl ist es denkbar, dass es gerade die kompetenten Befragten sind, die den Sachfragen bei der Wahlentscheidung eine besonders hohe Bedeutung beimessen.

Mit den multivariaten Modellen in Tabelle 7 bis 9 lassen sich die eingangs skizzierten Hypothesen nun eingehender überprüfen, als es mit der reinen Betrachtung von univariaten Verteilungen möglich ist. Trifft die allgemeine Vermutung einer höheren Erklärungsleistung des Michigan-Modells unter politisch interessierten Personen zu, dann sollten sowohl die Koeffizienten der drei Prädiktoren als auch die Modellgüte im Panel hohe Werte aufweisen, da die Panelmortalität eine Politisierung der Stichprobe bewirkt, die wiederum konsistente Einstellungsstrukturen begünstigt. Als Vergleichsmaßstab wird stets der repräsentative und nicht mit Effekten der Panelmortalität behaftete Querschnitt betrachtet.

Die Ergebnisse liefern zunächst keinerlei Hinweise auf die Gültigkeit der allgemeinen Hypothese: Im Panel liegen in keinem betrachteten Fall durchweg höhere Koeffizienten der drei Einflussgrößen vor als im entsprechenden Querschnitt. Vergleicht man weiterhin die Werte für McFaddens Pseudo- R^2 in der Längs- und Querschnittbetrachtung, so ist die Modellgüte entgegen der eingangs formulierten Erwartung insbesondere im Jahr 2002 im Querschnitt überlegen, während die Unterschiede in den Jahren 1994 und 1998 uneinheitlich ausfallen.

Tabelle 7: Vergleich der multivariaten Modelle: Querschnitt / Panel 1994

Wahlabsicht zugunsten der Union		Q 94	P 94-98	P 94-02
PI Union	West	3,09 ^b (0,22)	3,15 ^b (0,35)	3,00 ^b (0,45)
	Ost	2,63 ^b (0,21)	3,08 ^b (0,37)	3,68 ^b (0,54)
KO Union	West	2,98 ^b (0,21)	2,75 ^b (0,35)	2,92 ^b (0,44)
	Ost	2,99 ^b (0,19)	2,83 ^b (0,30)	2,66 ^b (0,37)
IO Union	West	1,36 ^b (0,21)	1,45 ^b (0,35)	1,33 ^b (0,44)
	Ost	1,76 ^b (0,18)	2,07 ^b (0,29)	2,33 ^b (0,37)
Pseudo-R ²	West	0,70	0,69	0,69
	Ost	0,67	0,68	0,72
Wahlabsicht zugunsten der SPD				
PI SPD	West	30,36 ^b (0,18)	3,63 ^b (0,32)	3,35 ^b (0,36)
	Ost	2,40 ^b (0,16)	2,61 ^b (0,25)	3,02 ^b (0,31)
KO SPD	West	1,66 ^b (0,17)	1,53 ^b (0,31)	1,60 ^b (0,36)
	Ost	1,36 ^b (0,14)	1,29 ^b (0,22)	1,22 ^b (0,27)
IO SPD	West	1,65 ^b (0,18)	1,66 ^b (0,31)	1,34 ^b (0,36)
	Ost	1,79 ^b (0,14)	1,69 ^b (0,22)	1,98 ^b (0,28)
Pseudo-R ²	West	0,59	0,60	0,56
	Ost	0,46	0,46	0,51
N	West	1913	646	423
	Ost	2212	951	670

PI: Parteiidentifikation; KO: Kandidatenorientierung; IO: Themen-/Issuorientierung.

Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Leschille: In der Panclerhebung mit Befragten, die sich an sämtlichen Erhebungsrollen (1994, 1998 und 2002) beteiligt haben, beträgt in der Befragung von 2002 der Logit-Koeffizient der Parteiidentifikation zur Erklärung der Wahlabsicht zugunsten der Union in den neuen Bundesländern 2,74 und ist statistisch hoch signifikant. Somit begünstigt eine Parteiidentifikation zugunsten der Union die Wahrscheinlichkeit, sich auch an der Wahlurne für die CDU/CSU zu entscheiden. Angaben sind unstandardisierte Logitkoeffizienten, Standardfehler in Klammern; bei den Werten von Pseudo-R² handelt es sich um das Maß von McFadden.

Doch auch wenn die allgemeine Hypothese keine Bestätigung findet, so ist es möglich, dass infolge der Panelmortalität die Schätzung einzelner Einflussgrößen systematisch verzerrt ist. Daher werden im Folgenden die drei Determinanten des Michigan-Modells separat untersucht. Ist für einzelne Größen ein stärkerer oder schwächerer Einfluss im Panel im Vergleich zum Querschnitt nachweisbar? Dies sollte sich in den Logitkoeffizienten der einzelnen Prädiktoren niederschlagen. Besitzt z.B. die Parteibindung gerade bei politisch kompetenten Personen eine hohe Prägestkraft auf die Wahlentscheidung, so sollten im politisierten Panel die Koeffizienten der Parteiidentifikation jene im entsprechenden Querschnitt übertreffen. Eine solche Konstellation zeigt sich empirisch z.B. im Erhebungsjahr 1994 in den neuen Bun-

desländern, und zwar in beiden Parteilagern. 1998 deutet sich dieses Muster dagegen allenfalls im Modell zur Erklärung der Wahlabsicht zugunsten der SPD in den alten Bundesländern an, während in den neuen Bundesländern der Einfluss der Parteibindung zur Erklärung der Stimmabgabe für die Union im Panel geringer ausfällt als im Querschnitt. Auch im Jahr 2002 gestalten sich die Unterschiede uneinheitlich: Nur mit Blick auf die Wahlabsicht zugunsten der SPD entsprechen die Befunde in den neuen Ländern den theoretischen Erwartungen.

Tabelle 8: Vergleich der multivariaten Modelle: Querschnitt / Panel 1998

Wahlabsicht zugunsten der Union		Q 98	P 94-98	P 94-02
PI Union	West	2,77 ^b (0,20)	2,84 ^b (0,30)	2,52 ^b (0,22)
	Ost	2,99 ^b (0,33)	2,46 ^b (0,29)	2,74 ^b (0,26)
KO Union	West	2,15 ^b (0,20)	1,67 ^b (0,31)	1,66 ^b (0,22)
	Ost	2,36 ^b (0,34)	2,30 ^b (0,28)	2,22 ^b (0,26)
IO Union	West	1,31 ^b (0,22)	1,68 ^b (0,31)	1,85 ^b (0,22)
	Ost	1,61 ^b (0,36)	1,38 ^b (0,31)	1,36 ^b (0,29)
Pseudo-R ²	West	0,61	0,59	0,58
	Ost	0,64	0,56	0,59
Wahlabsicht zugunsten der SPD				
PI SPD	West	1,99 ^b (0,18)	2,57 ^b (0,24)	2,09 ^b (0,20)
	Ost	1,68 ^b (0,24)	1,84 ^b (0,20)	1,79 ^b (0,18)
KO SPD	West	2,09 ^b (0,19)	2,28 ^b (0,30)	2,32 ^b (0,22)
	Ost	1,96 ^b (0,24)	1,57 ^b (0,21)	1,62 ^b (0,19)
IO SPD	West	1,43 ^b (0,17)	1,00 ^b (0,27)	1,21 ^b (0,19)
	Ost	1,42 ^b (0,21)	1,15 ^b (0,19)	1,19 ^b (0,17)
Pseudo-R ²	West	0,50	0,54	0,52
	Ost	0,40	0,35	0,36
N	West	1638	678	1305
	Ost	787	959	1147

Signifikanzniveau: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$; siehe auch Legende Tabelle 7.

Die Kandidatenorientierung verhält sich im Jahr 1994 in den neuen Bundesländern fast spiegelbildlich zum Effekt der Parteibindung und liegt in der Querschnittbetrachtung stets höher. Zumindest hier scheint für Personen, die ein hohes politisches Interesse aufweisen und über stabile und gefestigte Parteibindungen verfügen, die Parteineigung als WahrnehmungsfILTER zu wirken. Diese Parteianhänger präferieren zwar „ihren“ Kandidaten. Ein eigenständiger Kandidateneffekt wird jedoch von der Parteibindung größtenteils absorbiert. Auch in den übrigen Erhebungswellen erweist sich der Kandidateneffekt in der Mehrzahl der Fälle im Querschnitt als überlegen, was insbesondere mit Blick auf die SPD im Bundestagswahljahr 2002 gilt. Dieser

Befund entspricht dem stark personalisierten Wahlkampf der Sozialdemokraten. Offenbar entfaltete diese Wahlkampfführung besonders beim Bevölkerungsquerschnitt, der im Vergleich zu den im Panel befragten Personen eher politikfern ist, eine starke Wirkung.

Tabelle 9: Vergleich der multivariaten Modelle: Querschnitt / Panel 2002

Wahlabsicht zugunsten der Union		Q 02	P 98-02	P 94-02
PI Union	West	2,31 ^b (0,21)	2,43 ^b (0,20)	2,35 ^b (0,36)
	Ost	2,81 ^b (0,36)	2,29 ^b (0,23)	2,74 ^b (0,31)
KO Union	West	2,10 ^b (0,20)	1,78 ^b (0,21)	2,24 ^b (0,36)
	Ost	2,03 ^b (0,31)	1,98 ^b (0,23)	2,21 ^b (0,33)
IO Union	West	1,95 ^b (0,20)	1,68 ^b (0,20)	1,06 ^b (0,37)
	Ost	2,16 ^b (0,32)	1,75 ^b (0,23)	1,59 ^b (0,32)
Pseudo-R ²	West	0,62	0,57	0,57
	Ost	0,68	0,55	0,59
Wahlabsicht zugunsten der SPD				
PI SPD	West	2,23 ^b (0,17)	2,19 ^b (0,18)	1,93 ^b (0,30)
	Ost	1,30 ^b (0,23)	2,01 ^b (0,18)	2,10 ^b (0,24)
KO SPD	West	2,68 ^b (0,26)	2,23 ^b (0,23)	2,19 ^b (0,42)
	Ost	2,67 ^b (0,34)	1,83 ^b (0,22)	1,97 ^b (0,30)
IO SPD	West	1,15 ^b (0,18)	1,16 ^b (0,19)	1,24 ^b (0,31)
	Ost	1,34 ^b (0,22)	1,06 ^b (0,19)	0,59 ^b (0,24)
Pseudo-R ²	West	0,54	0,50	0,48
	Ost	0,41	0,39	0,37
N	West	1593	1381	466
	Ost	713	1153	675

Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$; siehe auch Legende Tabelle 7.

Für die Sachfragenorientierung lassen sich im Jahr 1994 keine bedeutsamen Unterschiede in beiden Parteilagern und Landesteilen zwischen Panel und Querschnitt ausmachen. Bei den beiden folgenden Wahlen zeichnet sich jedoch ein stärkerer Einfluss der Issuekomponente in der Querschnittbetrachtung ab, der im Jahr 2002 besonders in den neuen Bundesländern offensichtlich ist. Mit Blick auf dieses Wahljahr kommen dem Betrachter unweigerlich der drohende Krieg im Irak und die Elbe-Flut in den Sinn. Es ist denkbar, dass sich der vergleichsweise politikferne Querschnitt bei seiner Wahlentscheidung etwas stärker an diesen, eher tagesaktuellen und „leichten“ Themen orientierte als das politisierte Panel.

In der Zusammenschau sprechen diese Beispiele insgesamt aber gegen eine systematische Verzerrung der Schätzung multivariater Modelle infolge der Panel-

mortalität. Dies schließt zwar nicht aus, dass es zu divergierenden Schätzungen für den Einfluss einzelner Variablen im Panel und Querschnitt kommen kann. Allerdings vollzieht sich dies meist – wie in den konkreten Beispielen gezeigt – in Abhängigkeit von bestimmten Randbedingungen, wie z.B. der spezifischen Kandidaten- und Themenkonstellation im Umfeld der Bundestagswahl.

4. Fazit

Trägt man die Befunde der empirischen Analysen zusammen, so erscheint es überzogen, die Panelmethode aufgrund ihres bedeutsamsten Makels – nämlich der Panelmortalität – als Ganzes infrage zu stellen. Auf der anderen Seite verbietet sich aber eine unreflektierte Betrachtung von Ergebnissen auf der Grundlage von Paneldaten ebenso. Panelmortalität stellt für Längsschnitterhebungen eine wichtige Restriktion dar, denn sie vollzieht sich in aller Regel eben nicht zufällig. Sozialstrukturelle Merkmale spielen bei der Frage, ob sich eine Person auch ein weiteres Mal befragen lässt, ebenso eine Rolle wie das Interesse und die subjektive Kompetenz in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand. Gerade vor dem Hintergrund der Komplexität des Themenbereichs Politik ist die Panelmortalität für politikwissenschaftliche Umfragen besonders ernst zu nehmen. Die Untersuchung hat nämlich ergeben, dass subjektives politisches Interesse einen bedeutsamen Prädiktor der Teilnahme an den Folgewellen darstellt. Das Panel erweist sich im Vergleich zu den parallelen Querschnitterhebungen als wesentlich stärker politisiert. Für die Verteilung von zahlreichen Merkmalen hat dies Konsequenzen. Am Beispiel der berichteten Wahlbeteiligung bzw. Wahlabsicht konnte gezeigt werden, dass diese im Panel im Zeitraum von 1994 bis 2002 kontinuierlich ansteigt. Offenbar verbirgt sich dahinter jedoch kein realer Trend, da ein solcher in den Querschnitterhebungen nicht zu erkennen ist. Allgemein gesprochen ließe sich daraus ableiten, dass es in den Paneldaten zu systematischen Verzerrungen der univariaten Verteilungen kommt, wenn die interessierenden Merkmale mit dem politischen Interesse in Zusammenhang stehen. Für die weitaus meisten Einstellungsdimensionen des Syndroms Politikverdrossenheit waren solche Verzerrungen nicht zu erkennen, wohl aber bei der Dimension der *internal efficacy*. Da diese subjektive politische Kompetenz abbildet, ist ihre Nähe zur Selbsteinschätzung des politischen Interesses offenkundig.

Die Schätzung bivariater Korrelationen im Panel führt im Vergleich zu den parallelen Querschnitterhebungen dagegen nicht zu systematischen Differenzen. Dies gilt zumindest für die im Rahmen dieser Untersuchung gewählten Beispiele. Ähnlich verhält es sich mit der Schätzung multivariater Modelle. Hier sind Effekte, die auf die Selektivität der Panelausfälle zurückzuführen sind, nur sehr vereinzelt nachweisbar. Eine systematische Verzerrung im Sinne einer allgemeinen Überschätzung der Koeffizienten oder der Modellgüte ist im Vergleich mit den Repräsentativerhebungen jedoch nicht auszumachen (siehe auch Hagenaars et al. 1990: 391). Lediglich mit Blick auf die Schätzung des Einflusses einzelner Variablen zeigen sich vereinzelt Differenzen zwischen Panel und Querschnitt. Jedoch ist dies womöglich durch spezifische Randbedingungen zu erklären, die sich auf bestimmte Kandi-

daten- und Themenkonstellationen im Umfeld der jeweiligen Bundestagswahlen beziehen.

Angesichts der Tatsache, dass der Auswahl der Beispiele die theoretische Erwartung einer besonders deutlichen Darlegung der Wirkungen der Panelmortalität zugrunde lag, mögen diese Ergebnisse den Panelerhebungen zugeneigten Forscher in weiten Teilen erfreuen. Ein Ruhekitzen stellen sie aber auch nicht dar.

Anhang

Politisches Interesse: Stärke Politikinteresse: (1) überhaupt nicht; (2) weniger stark; (3) mittelmäßig; (4) ziemlich stark; (5) sehr stark.

Wahlbeteiligung: (1) Befragter hat angegeben, eine bestimmte Partei gewählt zu haben (Nachwahl) bzw. Befragter äußert die Absicht, eine bestimmte Partei wählen zu wollen; (2) Befragter gibt an – obwohl wahlberechtigt – nicht gewählt zu haben (Nachwahl) bzw. äußert die Absicht, sich nicht an der Wahl beteiligen zu wollen; (3) weiß nicht; (4) verweigert; (fehlende Werte) Befragter war nicht wahlberechtigt bzw. ist es bei der kommenden Bundestagswahl nicht.

Politikverdrossenheit: Die vollständigen Items, die den einzelnen Dimensionen zugerechnet werden können, sind in Tabelle 3 aufgeführt. Ihre Skala ist einheitlich und reicht von (-2, transformiert in +1) trifft / stimme überhaupt nicht zu bis (+2, transformiert in +5) trifft / stimme voll und ganz zu. Für das Item zur Messung von Unzufriedenheit mit den politischen Parteien wurde auf die Frage zurückgegriffen: „Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, das wichtigste Problem (das der Befragte zuvor als das subjektiv wichtigste Problem identifiziert hat, Anm. d. Verf.) zu lösen?“. Gab der Befragte an, keine Partei sei hierzu in der Lage, so diente diese Antwort als Indikator für eine Unzufriedenheit mit den politischen Parteien.

Demokratiezufriedenheit: (1) sehr zufrieden; (2) ziemlich zufrieden; (3) teils zufrieden/teils unzufrieden; (4) ziemlich unzufrieden; (5) sehr unzufrieden. Die Skala wurde umkodiert, so dass höhere Werte mit einer höheren Demokratiezufriedenheit einhergehen.

Vertrauen in den Bundestag / Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht: (-2, transformiert in +1) vertraue überhaupt nicht bis (+2, transformiert in +5) vertraue voll und ganz.

Wahl Union/Wahl SPD: (0) Der Befragte gab an, entweder gar nicht gewählt zu haben bzw. wählen zu wollen oder aber für eine andere Partei als die Union (die SPD) votiert zu haben bzw. votieren zu wollen; (1) Der Befragte gab an, die Union (die SPD) gewählt zu haben oder wählen zu wollen.

Parteiidentifikation Union (SPD): (0) Der Befragte gab an, sich mit einer anderen Partei als der Union (der SPD) zu identifizieren oder keiner Partei zuzuneigen; (1) Der Befragte gab an, sich mit der Union (der SPD) langfristig verbunden zu fühlen.

Kandidatenpräferenz Union (SPD): (0) Der Befragte gab an, den Kandidaten der anderen Partei zu präferieren oder keinen der beiden Kanzlerkandidaten; (1) Der Befragte gab an, den Kanzlerkandidaten der Union (der SPD) zu präferieren.

Sachfragenkompetenz Union (SPD): (0) Der Befragte betrachtete entweder eine andere Partei als kompetent, das für ihn als am wichtigsten erachtete Problem zu lösen, als die Union (die SPD), traute dies keiner Partei zu oder sprach allen Parteien die gleiche Kompetenz hierfür zu; (1) Der Befragte sprach für die Lösung des von ihm als am wichtigsten erachtetes Problem der Union (der SPD) die meiste Kompetenz zu.

Literatur

- Arzheimer, Kai 2005: „Politikverdrossenheit“ – eine Frage der Persönlichkeit? Der Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsfaktoren und Verdrossenheitseinstellung. In: Schumann, Siegfried/Schoen, Harald (Hrsg.): *Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 193-208.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald 2005: Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain: Zur Stabilität der Parteiidentifikation in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 629-654.
- Birkelbach, Klaus 1998: Befragungsthema und Panelmortalität. Ausfälle in der Lebenslaufhebung. In: *ZA-Information* 42, 128-147.
- Brunner, Wolfram/Walz, Dieter 2000: Das politische Institutionenvertrauen in den 90er Jahren. In: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.): *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich, 175-208.
- Carmines, Edward G./Stimson, James A. 1980: The Two Faces of Issue Voting. In: *American Political Science Review* 74, 78-91.
- Couper, Mick P. 1997: Survey Introductions and Data Quality. In: *Public Opinion Quarterly* 61, 317-338.
- van Deth, Jan W. 1990: Interest in Politics. In: Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W. (Hrsg.): *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin: de Gruyter, 275-312.
- Feldman, Stanley 1989: Reliability and stability of policy positions: Evidence from a five-wave panel. In: *Political Analysis* 1, 25-60.
- Finkel, Steven E./Schrott, Peter R. 1994: Wählerstimmen durch Wahlkämpfe? Eine Analyse der Bundestagswahl 1990. In: *ZUMA-Nachrichten* 34, 7-34.
- Gabriel, Oscar W. 2000: Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. In: Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Rattinger, Hans (Hrsg.): *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich, 41-77.
- Hagenaars, Jacques/Stouthard, Philip/Wouters, Frans 1990: Panel Attrition. In: Jennings, M. Kent/van Deth, Jan W. (Hrsg.): *Continuities in Political Action*. Berlin: de Gruyter, 379-392.

- Kalton Graham/Kasprzyk, Daniel/McMillen, Davis B. 1989: Nonsampling Errors in Panel Surveys. In: Kasprzyk, Daniel/Duncan, Greg J./Kalton Graham/Singh, M.P. (Hrsg.): Panel Surveys. New York: Wiley, 249-270.
- Klein, Markus/Ohr, Dieter 2000: Gerhard oder Helmut? 'Unpolitische' Kandidateneigenschaften und ihr Einfluß auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. In: Politische Vierteljahresschrift 41, 199-224.
- Klein, Markus/Pötschke, Manuela 2004: Die intra-individuelle Stabilität gesellschaftlicher Wertorientierungen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56, 432-456.
- Klein, Markus 2005: Der Einfluss der beiden TV-Duelle im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 auf die Wahlbeteiligung und die Wahlentscheidung. Eine log-lineare Pfadanalyse auf der Grundlage von Paneldaten. In: Zeitschrift für Soziologie 34, 207-222.
- Lazarsfeld, Paul F. 1940: "Panel" Studies. In: Public Opinion Quarterly 4, 122-128.
- Markus, Gregory B. 1982: Political Attitudes during an Election Year: A Report on the 1980 NES Panel Study. In: American Political Science Review 76, 538-560.
- Mika, Tatjana 2002: Wer nimmt teil an Panel-Befragungen? Untersuchung über die Bedingungen der erfolgreichen Kontaktierung für sozialwissenschaftliche Untersuchungen. In: ZUMA-Nachrichten 51, 38-48.
- Milbrath, Lester W./Goel, M.L. 1977: Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics? 2. Auflage. Lanham: Rand McNally.
- Reinemann, Carsten/Maurer, Marcus 2007: Schröder gegen Merkel. Wahrnehmung und Wirkung des TV-Duells. In: Bretschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Pfetsch, Barbara/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 197-217.
- Rendtel, Ulrich 1988: Panelmortalität. Eine Analyse der Antwortausfälle beim Sozio-ökonomischen Panel in der 2. und 3. Befragungswelle. In: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung 57, 37-59.
- Rendtel, Ulrich 1995: Lebenslagen im Wandel: Panelausfälle und Panelrepräsentativität. Frankfurt a.M./New York: Campus-Verlag.
- Scherer, Helmut 2000: Wählt das Panel anders? In: Bohrmann, Hans/Jarren, Otfried/Melischek, Gabriele/Seethaler, Josef (Hrsg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 213-234.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Weick, Stefan/Christoph, Bernhard 2006: Shaky attachments: Individual-level stability and change of partisanship among West German voters, 1984-2001. In: European Journal of Political Research 45, 581-608.
- Schoen, Harald 2003: Wählerwandel und Wechselwahl. Eine vergleichende Untersuchung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187-242.
- Schützenmeister, Falk 2002: Die Bereitschaft, sich wieder befragen zu lassen, in postalischen Erhebungen. In: Zeitschrift für Soziologie 31, 138-154.
- Shively, W. Phillips 1979: The Development of Party Identification among Adults: Exploration of a Functional Model. In: American Political Science Review 73, 1039-1054.
- Sobol, Marion G. 1959: Panel Mortality and Panel Bias. In: Journal of the American Statistical Association 54, 52-68.
- Vetter, Angelika 1997: Political Efficacy: Alte und neue Messmodelle im Vergleich. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49, 53-73.